

Arbeitsplätze im Industriepark Höchst sichern

von Roger Podstatny



Gemeinsam müssen wir den Stellenabbau verhindern.

Die SPD-Fraktion im Römer unterstützt die Forderungen der Arbeitnehmervertreterinnen und -vertreter von Sanofi, auf den drohenden Stellenabbau im Industriepark Höchst zu verzichten.

„Es ist eindeutig die falsche Entscheidung, 800 von 7000 Stellen der Sanofi Deutschland GmbH abzubauen. Wir stellen uns klar hinter die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Sanofi, wenn es um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze geht.“ Anlässlich eines Treffens mit dem Betriebsrat des Unternehmens erklärt Roger Podstatny, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion: „Die Entscheidung aus Frankreich hat schwerwiegende Folgen für den Standort Frankfurt, denn im Klartext bedeutet der Wechsel des Forschungsschwerpunktes von der Diabetologie zur Immunologie, dass vor allem Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des Industrieparks Höchst betroffen sein werden. Der Schwerpunkt liegt hier nun mal klar in der Diabetologie“

„Wer aus der Ferne leichtsinnig solche Entscheidungen trifft, nimmt die persönlichen Auswirkungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber auch die schwerwiegenden Auswirkungen für das ganze Rhein-Main-Gebiet

leichtfertig in Kauf“, mahnt Podstatny, der selbst Betriebsratsvorsitzender ist. Bis 2022 sollen 800 von 7000 Stellen bei Sanofi in Frankfurt-Höchst wegfallen, da sich der französische Mutterkonzern komplett neu ausrichten will.

Betroffen vom Stellenabbau seien dadurch jedoch alle Bereiche, von der Forschung über die Produktion bis hin zur Verwaltung. „Ein Stellenabbau in solchem Ausmaß wäre nicht nur eine Katastrophe für alle Betroffenen. Wenn nicht mehr in die Insulinforschung in Frankfurt-Höchst investiert wird und die Forschung nicht weiter vorangetrieben wird, sind andere Standorte schnell im Vorteil. Der Wettbewerb zu anderen Städten ist groß. Bislang waren wir in Frankfurt auf diesem Gebiet hervorragend aufgestellt. Die ganze Rhein-Main Region würde durch einen solch drastischen Stellenabbau enorm an Attraktivität einbüßen. Dem Stellenabbau bei Sanofi würden zwangsläufig eine erhebliche Stellenreduzierung beim Industrieparkbetreiber Infrserv und allen Zulieferern auch im Industriepark folgen. Wir müssen uns klar für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Standort Höchst einsetzen“, erklärt Podstatny.



Bildquelle: colourbox

Baulandbeschluss: Sozial gerechte Wohnnutzung

von Sieghard Pawlik



Bezahlbares Wohnen, soziale Strukturen und Klimaschutz gehören zusammen.

Was ist der Baulandbeschluss?

Die Frankfurter SPD steht wie keine andere Partei für bezahlbares Wohnen in unserer Stadt. Gemeinsam mit Planungsdezernent Mike Josef haben wir ein Umsteuern in der Wohnungspolitik durchgesetzt. Bezahlbares Wohnen für Alle steht dabei im Mittelpunkt.

Mit dem Baulandbeschluss setzen wir neue Maßstäbe für „eine dem Wohl der Allgemeinheit dienende sozial gerechte Bodennutzung.“ Leistungslose Millionengewinne für Grundbesitzer beim Verkauf ihrer Grundstücke für den Bau neuer Wohngebiete und die Steuerzahler tragen die Kosten für die Bodenwertsteigerungen? Das wird es künftig nicht mehr geben.

Für Frankfurt am Main gelten jetzt neue, verbindliche Regeln für eine soziale, klimagerechte Bodennutzung und für den Bau von mehr bezahlbaren Wohnungen.

Mit bindenden städtebaulichen Verträgen wird vor dem Planungsbeginn neuer Wohngebiete sichergestellt, dass für den geförderten Wohnungsbau 30% neu genehmigter Wohnflächen zur Verfügung gestellt werden. Je zur Hälfte Sozialwohnungen und Wohnungen für Arbeitnehmer und Rentner mit bis zu mittleren Einkommen. Für Projekte bei ABG Holding und Nassauischer Heimstätte gelten höhere Quoten. Gemeinschaftliche und genossenschaftliche

Wohnprojekte werden mit einer Quote von 15% berücksichtigt. Die Vergabe erfolgt über Konzeptverfahren.

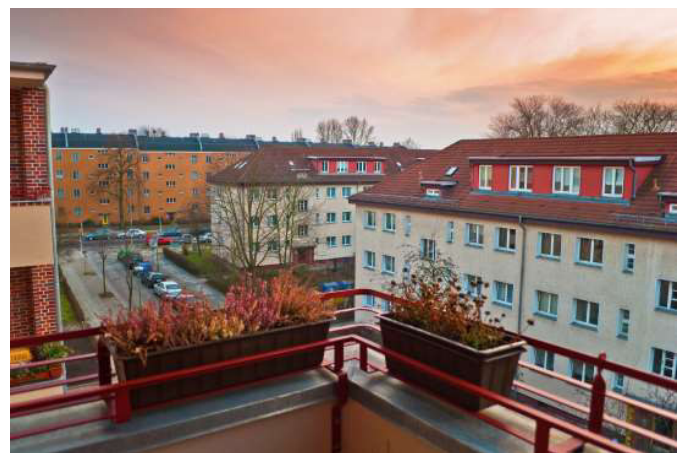
Das bewirkt der Baulandbeschluss

Der Baulandbeschluss schreibt als zweiten Schwerpunkt fest:

Bis zu 2/3 planungsbedingter Wohnwertsteigerung werden genutzt für soziale Infrastruktur, Klimaschutz, Schaffen öffentlicher Grünflächen, Naturschutz sowie für Planungskosten und Erschließung.

Mit dem Baulandbeschluss haben wir nach der Mietpreisbremse bei der ABG und Nassauischen Heimstätte, der Verdoppelung der Wohnungsneubauten auf bis zu nahezu 5000 Wohnungen im Jahr, im Frankfurter Programm „Bezahlbares Wohnen“ für Arbeitnehmer- und Rentnerhaushalte mit bis zu mittleren Einkommen, einer modernen Großstadtpolitik in der Stadtentwicklung, wie auch der Vorschlag für die Kulturmeile zeigt, zahlreiche Akzente gesetzt.

Ein Frankfurt für Alle in sozialer und ökologischer Verantwortung ist unsere Aufgabe. Die erreichten Fortschritte kommen nicht von allein. Sie müssen jeweils mit viel Überzeugungsarbeit auch gegenüber den Koalitionspartnern durchgesetzt werden.



Bildquelle: colourbox

Die nachhaltige Stadtentwicklung vorantreiben

von Anna Pause



Wir müssen die sozialen, ökologischen und ökonomischen Interessen in Frankfurt zusammenführen.

Ein zukunftsfähiges Frankfurt für alle

Mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung lebt bereits in Städten. Der steigenden Bevölkerungsdichte stehen jedoch die im Verhältnis immer knapper werdenden Ressourcen wie bezahlbare Wohnungen, Verkehrsflächen und öffentlicher Raum gegenüber. Für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt ist es deswegen essentiell, die sozialen, ökologischen und ökonomischen Interessen zusammenzuführen. Nur so können Ungleichheiten des urbanen Lebens weitgehend verhindert werden.

Neue städtische Mobilität

In den vergangenen Jahren sind die gesundheitlichen Folgen von (Flug-)Lärm sowie einer schlechten Luftqualität in den Fokus der Öffentlichkeit gelangt. Ursächlich dafür ist zu einem großen Teil der motorisierte Individualverkehr. Deswegen muss der Ausbau des ÖPNV und der Radwege weiter forciert werden. So erfahren die Innenstädte eine Anhebung der Lebens- und Aufenthaltsqualität. Die SPD Frankfurt hat die Diskussion zu einer autofreien Innenstadt mit der Öffnung des Mainufers begonnen und wird sie gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern gegen Widerstände anderer Parteien weiterführen.

Nur mit durchdachten Mobilitätskonzepten und dem Rückhalt der Mehrheit der Stadtbevölkerung kann uns eine sozial gerechte und nachhaltige Verkehrswende gelingen.

Klimawandel und Wasserknappheit

Die Verkehrswende ist nicht nur für unsere Gesundheit wichtig, sondern von enormer Bedeutung, um dem Klimawandel zu begegnen. Der Klimawandel führt zu Wetterextremen weltweit. Leider sind Städte oft die Orte, an denen am meisten Ressourcen verbraucht werden und denen damit eine besondere Verantwortung zukommt. Noch weit vor der Erhöhung der globalen Mitteltemperatur auf 2 Grad Celsius stellen wir bereits in unserem unmittelbaren Umfeld eine Wasserknappheit fest. Hier müssen wir vermehrt auf Innovationen, einen reduzierten Verbrauch und vor allem den Einsatz von Brauchwasser über separate Leitungssysteme setzen.

Die Frage unserer Zeit lautet: Wie wollen wir jetzt und in Zukunft leben? Wir müssen dazu die Menschen wieder in den Mittelpunkt der Stadtentwicklung stellen anstatt den Profit. Nur der Konsens zwischen den sozialen, ökologischen und ökonomischen Interessen ebnet den Weg zu einem Frankfurt mit dem Prädikat „Stadt der Zukunft“.



Diskriminierung durch Künstliche Intelligenz

von Armand Zorn



Gemeinsam müssen wir Maßnahmen für einen Diskriminierungsfreie KI ergreifen.

Nach dem Tod von George Floyd verschärft sich die Debatte rund um Rassismus auch hierzulande. Dies bezieht sich nicht nur auf menschliches Verhalten, sondern zunehmend auch auf strukturelle und institutionelle Diskriminierung. Die digitalpolitische Komponente von Diskriminierung hat allerdings in der breiten Öffentlichkeit bisher relativ wenig Aufmerksamkeit erhalten. Dabei können Algorithmen, bei denen meist per se angenommen wird, sie seien besonders objektiv und neutral, Diskriminierung reproduzieren und verschärfen.

Ein prominentes Beispiel ist eine von vielen US-Richterinnen und -Richtern benutzte Software, welche die Wahrscheinlichkeit, dass ein vorzeitig erlassener Häftling wieder straffällig wird, ermittelt. Eine Untersuchung des Journalistenverbundes ProPublica wies eine Diskriminierung aufgrund der Hautfarbe nach. Der Algorithmus bewertete das Risiko bei dunkelhäutigen Straftätern systematisch höher, während weiße Häftlinge in der Regel häufiger fälschlich mit einem geringen Risiko eingestuft wurden. Problematisch ist zudem, dass weder den Betroffenen noch den Richterinnen und Richtern die genauen Regeln zur Ermittlung der Wahrscheinlichkeit bekannt waren.

Die Ungleichbehandlung nach ethnischer Herkunft bei Spracherkennungssystemen ist ein weiteres Beispiel von Diskriminierung durch Künstliche Intelligenz (KI).

Untersuchungen haben ergeben, dass Assistenzsysteme wie Siri, Alexa oder Amazon Echo sowie Chatbots oder automatisierte Telefonsysteme eine höhere Genauigkeit in der Spracherkennung von Weißen im Vergleich zu afroamerikanischen Sprecherinnen und Sprechern haben. Akzente und Dialekte von Minderheiten werden durch diese Anwendungen schlechter erkannt.

Auch Online-Suchmaschinen können Diskriminierung reproduzieren und verschärfen. Besonders bei Eingaben mit konkretem Bezug zu schwarzen Frauen wurden viele Ergebnisse aus pornografischen und anderen stereotypischen Bereichen gefunden. Weitere Beispiele, wie die Google Foto-App, bei welcher der Algorithmus Bilder von schwarzen Menschen mit „Gorilla“ betitelte, verdeutlichen die Dimension der Diskriminierung.

Algorithmen suchen nach statistischen Zusammenhängen in Datensätzen und leiten daraus selbständig Regeln ab. Diskriminierung wird in der Regel durch Verzerrungen (Bias) verursacht. Dies entsteht, wenn es eine bewusste oder unbewusste Über- oder Unterrepräsentation von Bevölkerungsgruppen in den verwendeten Trainingsdaten gibt.

Daten sind ein Abbild von gesellschaftlichen Situationen, in denen möglicherweise Diskriminierung vorliegt. Schließlich kann es auch aufgrund von Effizienz und Kostenersparnis sowie fehlender Sensibilität von Entwicklern zur Nutzung von verzerrten Trainingsdatensätzen kommen. Wenn dunkelhäutige Menschen in den USA häufiger verhaftet und verurteilt werden, sind sie aufgrund dessen überproportional in den Trainingsdaten der Algorithmen vertreten. Allerdings heißt das nicht, dass sie per se eine größere Gefahr für die Gesellschaft darstellen, wie es von der Software vorhergesagt wird. Vielmehr spiegeln die Daten die Diskriminierung des US-Justizsystems wider.

Um KI diskriminierungsfrei zu gestalten, bedarf es u. a. folgender Maßnahmen: Antidiskriminierungsgesetze müssen mit dem technologischen Fortschritt Schritt halten. Die Empfehlungen der Datenethikkommission und der Europäischen Kommission sind vielversprechend. Zudem vernetzen sich zunehmend Digitalunternehmen in Verbänden und entwickeln Leitlinien für die Entwicklung und den Einsatz von KI. Diese Regularien gilt es nun konsequent umzusetzen.

Sinnvoll wäre es, Programme vor ihrem Einsatz zu testen und so weit zu modifizieren, dass sie „diskriminierungsfrei by design“ sind. Ein weiterer prominenter Vorschlag ist die Errichtung eines „Algorithmus-TÜV“ als unabhängige Aufsicht, welche die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben überprüft.

Kostenloser Eintritt in die Schwimmbäder für Kinder

von Jan Klingelhöfer



Kostenloser Eintritt für Kinder unter 15 Jahren in unsere Frankfurter Schwimmbäder ist ein großer Erfolg für die SPD.

Seit Februar 2019 können Kinder unter 15 Jahre kostenlos in unsere Frankfurter Schwimmbäder gehen. Dies ist ein großer Erfolg für die SPD Frankfurt und die Stadtverordneten-Fraktion. Roger Podstatny und ich als Mitglieder des Aufsichtsrates der Frankfurter Bäder freuen uns über den großen Erfolg des freien Eintrittes schon im ersten Jahr.

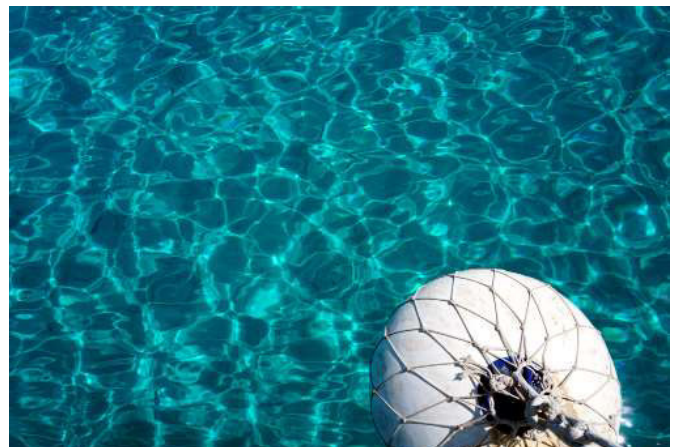
Fast 550.000 Kinder haben vom 01.02.2019 bis zum 31.01.2020 keinen Eintritt mehr bezahlt an den Kassen der Schwimmbäder, davon mehr als 75% Kinder und Jugendliche aus Frankfurt.

Wir sind glücklich, mit dieser Maßnahme vor allem die Familien in Frankfurt zu unterstützen, die nicht eben mal 20 Euro für einen gemeinsamen Schwimmbadbesuch haben. Gerade in Corona-Zeiten, wo der Urlaub wegen Kurzarbeit oder Jobverlust leider ausfallen musste, hatten die Familien unserer Stadt eine Ferienalternative mehr.

Unser Dank gilt der Belegschaft und Geschäftsführung der Frankfurter Bäder für die reibungslose Einführung des freien Eintritts und das Engagement, um die Arbeitsmehrbelastung zu bewältigen. So sind wir auch froh - zusammen mit dem Betriebsrat - die Leiharbeitsverhältnisse mit externen Unternehmen in den Frankfurter Bädern zu beenden. Alle Reinigungskräfte und Schwimmaufsichten erhalten einen Arbeitsvertrag mit den Frankfurter Bädern und eine ordentliche Bezahlung nach Tarif.

Da für uns Schwimmen zur kommunalen Daseinsvorsorge gehört, wird es mit der SPD Frankfurt keine Schließungen von Schwimmbädern geben. Vielmehr ersetzen wir in den nächsten Jahren, mit dem Rebstockbad und Panorama-Bad Bornheim, zwei in die Jahre gekommene Hallen- und Spaßbäder.

In unseren Leitlinien für die Kommunalwahl haben wir die Ausweitung des Freien Eintritts auf das 18 Lebensjahr als festen Punkt aufgenommen, damit, wie beim freien Eintritt in Museen und Zoo, alle Frankfurter Kinder und Jugendlichen davon profitieren!



Sanierung der Ernst-Reuter-Schulen jetzt

von Hubert Schmitt



Neuer Standort für die Europäische Schule!

Die von Baudezernent Jan Schneider (CDU) eingebrachte Bauvorlage, wonach die Ernst-Reuter-Schulen (ERS) gemeinsam mit der Europäischen Schule am gleichen Standort saniert und weiterentwickelt werden sollen, darf nicht umgesetzt werden. Ansonsten wäre die hervorragende pädagogische Arbeit, die die ERS leisten, so nicht mehr möglich.

Als bildungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion stehe ich hier an der Seite unserer Bildungsdezernentin Sylvia Weber sowie der SPD in Frankfurt und insbesondere der Genossinnen und Genossen vor Ort in der Nordweststadt. Auf der Protestkundgebung Ende letzten Jahres am Titusforum habe ich vor der zahlreich versammelten Schulgemeinde die SPD-Position klargestellt: Die Europäische Schule muss an einen anderen Standort und die Sanierung der ERS muss umgehend beginnen, und zwar entsprechend dem Ergebnis des durchgeführten Beteiligungsprozesses.

Im Frühjahr habe ich das dann auch in einem Antrag gefordert. Der Antrag wurde zwar nicht von unseren Koalitionspartnern CDU und Grüne unterstützt, aber gemeinsam durch den auch von der SPD in der Nordweststadt und im zuständigen Ortsbeirat erzeugten Druck will inzwischen auch Jan Schneider die Europäische Schule an einem anderen Standort unterbringen.

Und die Suche nach einem geeigneten Standort dafür nimmt gerade auch an Fahrt auf. Seit ihrer Gründung 1968 bis heute erzielen die ERS einzigartige pädagogische Erfolge. Bei Gesprächen mit dem Schulleiter und Vertretern vor Ort konnte ich mir davon einen sehr guten Eindruck verschaffen. Diese Erfolge gilt es für die Zukunft nicht in Frage zu stellen.



Bildquelle: colourbox

Impressum

Die Zeitung „Die Linke Mitte“ des Freundeskreises erscheint nach Bedarf. Abdruck - auch auszugsweise - nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Die redaktionellen Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Herausgeber, Verantwortlich für den Inhalt:

Freundeskreis, c/o. Roger Podstatny, Karl-Blum-Allee 14, 65929 Frankfurt

Redaktion: Roger Podstatny, Ursula Busch, Anna Pause

Layout: Anna Pause

Autoren: Mitglieder des Freundeskreises

Gedruckt durch Eigenvervielfältigung

